

Steve Kenner

## Aktion statt Resignation: Den aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen mit politischer Bildung begegnen

*Wenn man sich beteiligt an der Gestaltung des Umfelds, hat man selbst in der Hand, was mit der Gesellschaft passiert. (Miriam, 13 Jahre, Schülerin einer Berliner Schule)<sup>1</sup>*

Mit den hier einleitenden Worten reagierte die 13-jährige Miriam auf die Frage, warum sie sich in der Schule politisch engagiert. Sie ist Teil einer antirassistischen Arbeitsgemein-



Steve Kenner, M.Ed., Lehrer für die Fächer Politische Bildung und Spanisch am Gymnasium, derzeit Doktorand im Bereich Didaktik der Politischen Bildung an der Leibniz Universität Hannover Schwerpunkt: Partizipation, soziale Bewegung, Antirassismus.

schaft an einer Berliner Schule und organisiert gemeinsam mit ihren Mitschülerinnen und Mitschülern unter anderem Tandems für Kinder geflüchteter Familien. Die Arbeitsgemeinschaft wird betreut von Lehrkräften und bietet den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, politisch aktiv zu werden. Sie vernetzen sich, koordinieren ihre Arbeit in Flüchtlingsheimen und gehen gemeinsam zu Demonstrationen für Vielfalt und gegen Rassismus des *Berliner Refugee Schul- und Unist-reiks*, einem Netzwerk, das seit 2014 durch Streiks und andere Aktionen seine Solidarität mit Flüchtlingen zum Ausdruck bringt und die Verschärfung des Asylrechts demonstriert.

Die Schule bietet ihnen im Unterricht die Möglichkeit, sich kritisch reflektierend mit aktuellen politischen Themen auseinanderzusetzen und darüber hinaus – hierbei liegt die Besonderheit – im Rahmen schulischer Möglichkeiten aktiv zu werden.

Diese Schülerinnen und Schüler, aber auch die Lehrkräfte und die Verantwortlichen in der Schulleitung gehen damit über die festgelegten Ziele schulischer Bildung hinaus.

Die Landesschulgesetze in den 16 Bundesländern regeln den Auftrag der Schule. Politische Analyse-, Urteils- und Handlungsfähigkeit der Jugendlichen zu fördern, steht dabei im Mittelpunkt. Auch in den Lehrplänen für das Fach Politische Bildung/Sozialkunde finden sich diese Begriffe.

Doch immer mehr Schülerinnen und Schüler kritisieren, dass gerade aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen kaum Einzug in den Politikunterricht halten. Auch die 13-jährige Laila, ebenfalls aktiv in der Antirassismus-AG, verweist auf die Bedeutung aktueller Themenfelder:

*Ich würde sagen, dass es nicht reicht, immer nur nach dem Lehrplan zu gehen[...]. Wenn irgendwas in der Welt passiert, das sehr wichtig ist, dann sollte man das am Anfang des Unterrichts aufgreifen und mit den Schülern besprechen und erst danach mit dem Lehrplan weitermachen.*

Wenngleich vermutlich Einigkeit in Wissenschaft und Praxis dahingehend besteht, dass gesellschaftspolitische Veränderungen Bestandteil schulischer und außerschulischer politischer Bildung sein müssen, so besteht doch eine spürbare Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Darüber hinaus bleibt die Frage, ob eine differenzierte Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Themen überhaupt ausreicht. Soll Schule neben den Grundkompetenzen politischer Bildung – Analyse-, Urteils- und Handlungsfähigkeit – einen Freiraum für tatsächliches politisches Handeln, für politische Aktion ermöglichen?

Es bedarf einer Diskussion dieser Frage, insbesondere in einer Zeit, in der Phänomene wie Rechtspopulismus, Nationalismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit das Meinungsbild in der Bundesrepublik nachhaltig beeinflussen. In einer Zeit, in der Migration und Flucht, aber auch soziale Ungleichheit zu den größten Herausforderungen unserer

Gesellschaft geworden sind, bedrohen diese Ressentiments Vielfalt und Pluralismus.

### Eine rassismuskritische Zivilgesellschaft ist keine Selbstverständlichkeit

Immer häufiger sehen sich Lehrkräfte an Schulen mit rassistischen und demokratiefeindlichen Äußerungen der Schülerinnen und Schüler konfrontiert. Das vermeintliche Wissen über gewalttätige Flüchtlinge, korrupte Politikerinnen und Politiker, Steuererhöhungen und die Gefährdung des Abendlandes beziehen die Jugendlichen und Heranwachsenden dabei vorwiegend aus den sozialen Medien. Über Facebook, Twitter, Instagram und Snapchat verbreiten sich Falschmeldungen, populistische und verkürzte Aussagen, rassistische und menschenverachtende Hetze innerhalb kürzester Zeit. Immer mehr Schülerinnen und Schüler schenken dabei den abstrusesten Thesen glauben. Den Lehrkräften bleibt kaum mehr, als zu reagieren. Dabei fehlt ihnen in der Regel ein wichtiges Instrument: didaktisch aufbereitetes Unterrichtsmaterial. Auch für die Schulbuchverlage und andere Institutionen politischer Bildung bietet die derzeitige Lage kaum eine Möglichkeit, angemessen und zeitnah differenziertes Material zu erarbeiten. Doch Lehrkräfte dürfen darauf nicht mit Resignation reagieren.

Mit den beschriebenen Herausforderungen müssen sich nicht nur Politiklehrkräfte auseinandersetzen, doch ihnen kommt eine besondere Rolle im Kontext schulischer politischer Bildung zu. Sie sollten politische Bildung in Bezug auf diese Entwicklung auf drei grundlegende Säulen aufbauen: (1) rassistische, menschenverachtende Äußerungen dürfen keinen Platz im Unterricht finden. Hier muss klar Stellung bezogen werden. Dennoch müssen (2) die Schülerinnen und Schüler angstfrei ihre Sorgen formulieren können. Wenngleich der schulische Alltag weniger mühsam

wäre, birgt es eine viel größere Gefahr, wenn Schülerinnen und Schüler ihre Ansichten im Unterricht nicht mehr artikulieren würden. Lehrkräfte würden dann den Zugriff auf diese Schülerinnen und Schüler vollständig verlieren. Eine von Dirk Lange, Holger Onken und Tobias Korn durchgeführte Studie belegt, dass vor allem politisch weniger interessierten Schülerinnen und Schülern, die einer politischen Partizipation distanziert gegenüberstehen, *nur* der Politikunterricht einen Raum bietet, politische Fragen zu thematisieren und zu diskutieren (vgl. Lange/Onken/Korn 2013, S. 59). Nur in der Schule haben politische Bildnerinnen und Bildner die Möglichkeit, das verkürzte Wissen aus den sozialen Medien zu kontextualisieren, differenziert zu diskutieren und zu ergänzen. Schülerinnen und Schüler müssen darin bestärkt werden, Informationen kritisch zu reflektieren, wenngleich oder gerade weil dies dazu führt, dass auch Lehrkräfte oder Eltern hinterfragt werden. Eine weitere wichtige, aber in diesem Kontext oft vernachlässigte Säule politischer Bildung muss (3) die Stärkung jener Schülerinnen und Schüler sein, die sich gegen die bestehenden Ressentiments zur Wehr setzen. Immer wieder erlebe ich im Politikunterricht, dass diese Schülerinnen und Schüler sich zurückziehen und sich an Debatten kaum noch beteiligen. Bestärkt werden können sie beispielsweise dadurch, dass die Schule Freiräume schafft, sich zu vernetzen und sich politisch zu engagieren.

Politische Bildung sollte in Anbetracht der derzeitigen gesellschaftspolitischen Lage informieren, aufklären, differenzieren, aber eben auch politische Aktion ermöglichen. Der 14-jährige Damian, ebenfalls aktiv in der Antirassismus-AG, hat diesbezüglich eine klare Haltung: „Man muss die Schüler nicht zum politischen Handeln animieren, aber man sollte ihnen die Möglichkeit bieten, sich zu engagieren.“ Neben dem hier genannten Beispiel einer Antirassismus-AG kann es auch andere Formen politischen Handelns geben, die in den schulischen Alltag integriert werden können. Am Ludwig-Meyn-Gymnasium in Uetersen (Schleswig-Holstein) organisierten Schülerinnen und Schüler im Oktober 2015 beispielsweise eine Flüchtlingskonferenz. „Auch wenn die beteiligten Schülerinnen und Schüler selbst ‚nur‘ die Konferenz zur Initiierung von Flüchtlingsprojekten an der Schule organisieren und keine eigenen entwickeln sollten, kann [die

Teilhabe an diesem Projekt] doch als ein politisches Statement gewertet werden.“ (Zankel, in POLIS 1/2016, S. 22) Die begleitende Lehrkraft Sönke Zankel kommt zu dem Schluss, dass die Flüchtlingskonferenz ein Erfolg war und empfiehlt diese Form des politischen Handelns, weil Politik dadurch „für die Schülerinnen und Schüler zu einem Erfahrungs- und Gestaltungsraum wird.“ (ebd. S. 25)

### Beutelsbacher Konsens – ein Damoklesschwert?

Seit Jahrzehnten wird in der Politikdidaktik die Debatte über Zielsetzungen politischer Bildung bezüglich der politischen Partizipation junger Menschen kontrovers diskutiert. Politisches Handeln wird dabei als Verhalten zur Veränderung bestehender politischer Verhältnisse verstanden und geht damit über soziales Verhalten hinaus (vgl. Nonnenmacher 2011, S. 93). Partizipation als Bildungsziel wird in weiten Teilen des politikdidaktischen Diskurses skeptisch betrachtet. Politikunterricht wird vielmehr ausschließlich als Lernraum für die notwendigen Instrumentarien bzw. kognitiven Möglichkeiten verstanden, die späteres politisches Handeln ermöglichen. Gotthard Breit betont allerdings, dass diesbezüglich von einer Vernachlässigung der „Orientierung über das politische Handeln und die dazu notwendigen Fähigkeiten“ (Breit 2012, S. 242) in der Didaktik der politischen Bildung ausgegangen werden kann. Bezüglich politischer Aktion im schulischen Kontext findet Joachim Detjen klare Worte und betont, dass „die Schule kein Ort der direkten politischen Aktion und damit des Trainings realen politischen Handelns“ (Detjen 2012, S. 235) sei. Begründet wird diese Haltung zumeist mit dem ersten Prinzip des Beutelsbacher Konsens, dem Überwältigungsverbot.

Genau hier setzt die Kritik der Befürworterinnen und Befürworter partizipationsorientierter politischer Bildung an. Der Politikdidaktiker Frank Nonnenmacher sieht in der oben beschriebenen Auslegung des Beutelsbacher Konsenses den Versuch, eine bis heute notwendige Diskussion über die Förderung politischer Teilhabe durch den Politikunterricht zu beenden (vgl. Nonnenmacher 2010, S. 466f.). Nonnenmacher setzt drei grundlegende Kriterien für das „politische Lernen“ (ebd. 467) und betont dabei die vorangestellte *Sachanalyse*, die *Freiwilligkeit* als grundlegendes

Element politischen Handelns in der Schule sowie die möglichst große *demokratische Öffentlichkeit*. Wenn diese Kriterien eingehalten werden, sieht Nonnenmacher besonderes Potential in der politischen Aktion als Teil der schulischen Bildung, denn dadurch werden „weitere Lernanlässe begründet“ (ebd.). Auch Benedikt Widmaier fordert, dass guter Politikunterricht die politische Aktion erfahrbar macht (vgl. Widmaier 2011, S. 107).

Die von Nonnenmacher und Widmaier dargelegten Positionen zur politischen Aktion gehen auch einher mit einer weitreichenden Kritik des Beutelsbacher Konsenses, der wie ein Damoklesschwert über politischen Bildnerinnen und Bildnern zu schweben scheint. Siegfried Schiele, ehemaliger Direktor der Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg, lud 1976 zu jener Tagung ein, an dessen Ende der Minimalkonsens stand, der heute als Grundlage für das Selbstverständnis Politischer Bildung zu gelten scheint. Kritik an der Entwicklung, Interpretation und Wirkungsweise des Beutelsbacher Konsenses in der Wissenschaft und Praxis schulischer und außerschulischer politischer Bildung weist Schiele entschieden zurück. In Bedenken und Kritik an der Umsetzung der Ziele des Beutelsbacher Konsenses unterstellt Schiele einen ideologisch geprägten Ansatz politischer Bildung (vgl. Schiele 2010, S. 59). Es ist ein Generalverdacht gegen jene, die politische Bildung nicht nur als passiven Wissenserwerb verstehen, sondern als Wiege einer freiheitlich demokratischen Zivilgesellschaft. Schieles Positionierung aus dem Jahr 2010 bestätigt Nonnenmachers Annahme, dass all jene Akteure der Politischen Bildung, die nicht als „einzige verfassungskonforme normative Orientierung die individuelle Freiheit in den Mittelpunkt stellen“ (Nonnenmacher 2011, S. 90), per se als ideologisch und manipulativ verdächtig seien.

Der Beutelsbacher Konsens hat 1976 in einer Zeit politischer Veränderungen und offen ausgetragener Kontroversen in Forschung und Praxis (vgl. Schiele 2010, 53 ff.) ohne Zweifel sein Ziel der Befriedung innerhalb der Politikdidaktik erreicht und zugleich eine Debatte über die Bedeutung politischer Aktion als wesentlicher Bestandteil politischer Bildung gehemmt. Seither werden mit dem Überwältigungsverbot jene Versuche, die „zivilgesellschaftliches Handeln, das aus dem politischen Unterricht heraus entsteht

# REFUGEE SCHUL UND UNISTREIK BERLIN

[...]“ (Nonnenmacher 2011, S. 92) diffamiert. Dabei wird politische Aktion im schulischen Kontext nicht grundsätzlich als problematisch empfunden. Ein Beispiel hierfür ist die Interessenvertretung der Schülerinnen und Schüler. Hier werden die Mechanismen der repräsentativen Demokratie praxisnah erlernt. Schülerinnen und Schüler sollen sich auf diesem Weg organisieren, positionieren, mitreden und mitbestimmen. Diese Form politischer Aktion soll an dieser Stelle nicht entwertet werden, jedoch erscheint es inkongruent, wenn diese Form politischer Teilhabe im Gegensatz zu anderen Formen in der Politikdidaktik große Zustimmung findet, obwohl eines der wichtigsten Prinzipien für politische Aktion hierbei nur bedingt greift: die Freiwilligkeit.

Vielleicht bedarf es einer neuerlichen Diskussion des Beutelsbacher Konsenses, ohne dabei die zweifelsfrei wertvollen Prinzipien außer Kraft zu setzen. Politische Bildung muss, basierend auf den von Frank Nonnenmacher festgelegten differenzierten Kriterien für das *politische Lernen* (vgl. Nonnenmacher 2010, S. 466), Politik erfahrbar machen. Politik und Demokratie dürfen nicht länger nur als Schulfach wahrgenommen werden. Politische Bildung muss neben den grundlegenden Kompetenzen wie Analysefähigkeit und Urteilsbildung auch Freiraum für tatsächliche politische Teilhabe schaffen. Orientieren kann man sich dabei an den Verfassungswerten. Beteiligung kann dabei ganz unterschiedlich ausgestaltet sein: Aktionstage, Arbeitsgemeinschaften, Versammlungen in Selbstverwaltung, Konferenzen, Workshops, Unterschriftenaktionen, etc.

Ein Beispiel dafür, wie politische Aktion von der Schule ausgehend Politik erfahrbar machen kann und zugleich dazu führt, dass Schülerinnen und Schüler politisch handeln und einen Beitrag zur freiheitlich demokratischen Zivilgesellschaft leisten, ist der *Berliner Refugee Schul- und Unistreib*. Seit Jahren organisieren sich hier Schülerinnen und Schüler sowie Studierende selbstbestimmt und unter-

stützt durch Lehrkräfte in Versammlungen und Arbeitsgemeinschaften. Sie sind aktiv in der Flüchtlingshilfe, entwickeln Informationsmaterial gegen Fremdenhass und Rassismus und organisieren Demonstrationen sowie Schul- bzw. Universitätsstreiks. Nicht aus Eigennutz, nicht um gegen Studienbedingungen oder Unterrichtsfächer aufzubegehren. Sie streiken nicht, um zu schwänzen, sondern im Gegenteil, um aktiv politische Bildung zu betreiben. Sie leisten ihren Anteil, um das Meinungsbild in dieser Gesellschaft um eine Facette zu erweitern, um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenzustehen.

Die Beteiligung an Demonstrationen oder Streiks wie im Zuge des *Berliner Refugee Schul- und Unistreibs* sollten nicht blockiert, sondern didaktisch und pädagogisch begleitet werden. Gotthard Breit stellt diesbezüglich am Beispiel von *Stuttgart 21* zwei Herangehensweisen vor: Lehrkräfte sollten Schülerinnen und Schüler nicht zur Teilnahme an einer Demonstration auffordern, aber auch nicht versuchen, sie davon abzuhalten (vgl. Breit 2012, S. 251). Mein Vorschlag wäre, diese Empfehlung um eine dritte Perspektive zu erweitern: Schülerinnen und Schülern, die sich an diesen Protestformen beteiligen wollen, kann das Angebot unterbreitete werden, sie zu begleiten. Vorausgesetzt wird hierbei für alle Beteiligten, die Lehrkraft eingeschlossen, das Prinzip der Freiwilligkeit. Im Falle des *Berliner Refugee Schul- und Unistreibs* könnten Schülerinnen und Schüler, die sich beteiligen, begleitet durch eine Lehrkraft, das Themenfeld und die Protestformen im Unterricht aufarbeiten sowie tatsächlich politisch handeln, ohne dabei Disziplinarstrafen wie einen Eintrag wegen unentschuldigtem Fehlen, einen Verweis oder dergleichen befürchten zu müssen. Im Nachgang gäbe es darüber hinaus die Möglichkeit, wie von Breit gefordert, die Bedeutung von Emotionalität und Rationalität in Bezug auf diese Protestform zu reflektieren (vgl. ebd., S. 255). Dieser Ansatz könnte die Grundlage sein für einen

Wandel von passiver politischer Bildung hin zu politischer Bildung, die Handlungsfelder für all jene schafft, die Missstände in der Gesellschaft nicht nur erkennen, benennen und einordnen wollen, sondern auch aktiv Antisemitismus, Homophobie, Sexismus, Rassismus und weiteren gesellschaftspolitischen Herausforderungen begegnen wollen.

Arbeitsgemeinschaften gegen Rassismus, Aktionstage gegen Sexismus und Homophobie, Flüchtlingskonferenzen, Unterschriftenaktionen gegen die neue Handyregelung an der Schule und Demonstrationen für mehr soziale Gerechtigkeit: Solange wir in der Politischen Bildung diese Formen gelebter Demokratie nicht unterstützen, sondern blockieren, werden wir unserer Verantwortung nur bedingt gerecht.

## Anmerkung

1 Die Namen der Schülerinnen und Schüler, die in diesem Beitrag zu Wort kommen, wurden zum Schutz der Persönlichkeitsrechte verändert.

## Literatur

- Breit, G. (2012): Politische Beteiligung durch Politikunterricht. In: Weißeno, G./Buchstein, H. (Hg.): Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen. Bonn, S. 242-256
- Detjen, J. (2012): Das Handeln in der politikdidaktischen Theoriebildung. In: Weißeno, G./Buchstein, H. (Hg.): Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen. Bonn, S. 226-242
- Lange, D./Onken, H./Korn, T. (2013): Politikunterricht im Fokus. Politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen. Berlin
- Nonnenmacher, F. (2011): Handlungsorientierung und politische Aktion in der schulischen politischen Bildung. Ursprünge, Grenzen und Herausforderungen. In: Widmaier, B./Nonnenmacher, F. (Hg.): Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 83-99
- Nonnenmacher, F. (2010): Analyse, Kritik und Engagement – Möglichkeiten und Grenzen schulischen Politikunterrichts. In: Löscher, B./Thimmel, A. (Hg.): Kritische politische Bildung – Ein Handbuch. Schwalbach/Ts., S. 459-470
- Schiele, S. (2010): Der Beutelsbacher Konsens lebt. In: Breit, G./Debus, T./Massing, P. (Hg.): Hauptsache politische Bildung. Kontroversität. Schülerorientierung. Aktualität. Problemorientierung. Schwalbach/Ts., S. 53-60
- Widmaier, B. (2011): Politische Bildung und politische Aktion. Eine aktuelle Herausforderung für non-verbale Bildung. In: Widmaier, B./Nonnenmacher, F. (Hg.): Partizipation als Bildungsziel – Politische Aktion in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 101-110